

Sustainable Development Goals (SDGs)

Mit den Vorgängern der *Sustainable Development Goals* (SDGs), den acht *Millennium Development Goals* (MDGs), strebte das *Development Assistance Committee* der OECD an, entlang von 18 Unterpunkten und 48 Indikatoren zu messen, welche Fortschritte sich in der Entwicklungszusammenarbeit verzeichnen lassen, um wirksam Armutsbekämpfung zu betreiben. Mit der Bilanzierung war die *UN Statistical Commission* (STATCOM) befasst. Indikatoren gestützte Politikprozesse sind eine empirische Folge der „Wirksamkeitsdebatte“, welche seit Mitte der 1990er Jahre das traditionelle Geberfeld in Atem hält. Angesichts des „verlorenen Jahrzehnts“ (d.h. den durch Schuldenkrise, verheerende Strukturanpassungsmaßnahmen und wachsende sozioökonomische Ungleichheit geprägten 1980er Jahren) bestand unter den traditionellen Gebern Einigkeit darüber, dass jenseits der paradigmatischen entwicklungspolitischen Debatten nun der Fokus auf wirksame und rationale entwicklungspolitische Programmatik gesetzt werden solle. Eine „Politik der messbaren Ziele“ (Lepenies 2014) sollte künftig sicherstellen, unter dem Primat der Armutsbekämpfung klare Zielvereinbarungen zu treffen und die Zielerreichung in Form möglichst konkreter und operationalisierter Vorhaben innerhalb des Zeitraums von 1990 bis 2015 zu bewerkstelligen. Die 2014/2015 gezogene Bilanz der MDGs fällt kritisch aus. Auf der realpolitischen Ebene ist es nur in wenigen Ländern – so etwa in Brasilien, China oder Indien – gelungen, die anvisierten Ziele jedenfalls für wachsende Mittelschichten tatsächlich zu erreichen, nicht jedoch für marginalisierte Bevölkerungsgruppen.¹ Insbesondere um das siebte Ziel, ökologische Nachhaltigkeit, ist es schlecht bestellt. Konzeptionelle Kritik an den MDGs befasste sich schon früh mit der unzureichenden Abbildung von Genderaspekten, dem Fehlen sozial-ökologischer Perspektiven sowie der Frage, ob das Prinzip der Messbarkeit überhaupt erstrebenswert sei.

Die SDGs streben daher an, eine breite Themenpalette abzudecken, die sich über internationale Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Sicherheits- und Friedenspolitik bis hin zu Menschenrechtspolitik erstreckt und stärker als bisher thematische Kohärenz im Blick hat. Das Ziel, Armut zu

¹ Allerdings muss man speziell im Falle Chinas auch die sozialstatistisch günstige Konstruktion des Referenzrahmens in Betracht ziehen: Da das Ausgangsjahr 1990 erst im Jahre 2000 festgelegt wurde, konnte China Erfolge bei der Armutsreduktion in diesem Zeitraum als großes Plus verbuchen.

eliminieren, indem verlässliche Partnerschaften geknüpft werden und eine Transformation hin zu tatsächlich nachhaltiger Entwicklung (im Sinne ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit) gelingt, bildet dabei den zentralen Bezugspunkt. Der Rückblick auf den politischen Aushandlungsprozess hin zu den SDGs deutet freilich auch die Spannungen an, die das Zielgeflecht durchziehen.

Die Idee für die SDGs wurde im Rahmen der Rio+20-Konferenz 2012 geprägt, also außerhalb der genuin entwicklungspolitischen Arenen. Während die UmweltministerInnen der EU unter diesem Dach eher das Modell einer *green economy* favorisierten, hatte die guatemalteckisch-kolumbianische Initiative ein Ausbalancieren zwischen wirtschaftlichem Wachstum, nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen und dem Erhalt von Ökoystemen im Blick. Innerhalb des nun einsetzenden Suchprozesses hin zu einer Verbindung entwicklungspolitischer und ökologischer Indikatoren fallen einige Elemente auf: Universalisierung, d.h. in diesem Fall die Festlegung von Entwicklungszielen auch für den Globalen Norden (Munasinghe 2011), und die Anerkennung einer tatsächlich gemeinsam zu tragenden Verantwortung für den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen. Unter dem Dach der UN nahm der politische Prozess weiter an Fahrt auf. Schlüsseldokumente wie der Bericht des UN-Generalsekretärs *A Life of Dignity for All: Accelerating Progress towards the Millennium Development Goals and Advancing the UN Development Agenda beyond 2015* von 2013 oder der Bericht des *High-Level Panel* der UN *A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development* von 2014 illustrieren die Entwicklung des neuen Konzeptes – gleichzeitig aber auch die Kämpfe um die Deutungshoheit über einzelne Ziele und die Ausblendung von zivilgesellschaftlichen Perspektiven aus dem Prozess (Ziai 2016; Eberlei 2015).

Der Diskussionsprozess glich zunächst einem Wunschkonzert, bei dem mehr und mehr Schwerpunktthemen, Ober- und Unterziele als prioritär gelistet wurden, bis schließlich ein Katalog von 17 Ober- und 169 Unterzielen vorlag. Das Interesse eines wechselseitigen Ausbalancierens dominiert die Programmatik, wobei Armutsbekämpfung als Vorbedingung nachhaltiger Entwicklung angesehen wird. Klare Strategien für die Transformation von Konsummustern und Produktionsketten unterbleiben dagegen, und es ist nur noch vage von „Veränderung“ die Rede (OWG 2014: §§ 2 u. 3). Potenziale für eine wachstumskritische Reformulierung von Entwicklungszielen sind somit verschenkt. Auch Vorstellungen eines „Guten Lebens“ (*buen vivir*), die sich dem Konzept der Messbarkeit entziehen, finden in den SDGs keinen Raum, da sie kaum quantifizierbar sind, wenngleich sie von ihrer Konzeption her den normativen Leitbildern der SDGs durchaus entsprechen

können. Damit wurde die Chance vertan, den im Ansatz ja in MDGs wie SDGs vorhandenen Spielraum für eine Debatte über Entwicklung, Wohlfahrt, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gutes Leben tatsächlich zu nutzen. Besonders gut sichtbar wird dies daran, dass es bisher nicht gelungen ist, sich bei der Messung von Wohlstand vom machtvollsten aller Indikatoren, dem Bruttoinlandsprodukt zu lösen – trotz aller Diskussionen um alternative Methoden, Wohlstand und Lebensqualität zu messen, und um Indikatorensets wie dem „Better Life Index“ der OECD 2013.

Im Rahmen des *UN Sustainable Development Summit* im September 2015 wurden die SDGs offiziell verabschiedet. Der nun in Gang gesetzte Politikprozess soll zwischen 2015 und 2030 17 Ziele umsetzen, die der Transformation in Richtung Nachhaltigkeit, Inklusivität, Wirtschaftswachstum, Friedenssicherung und institutioneller Rechenschaftspflicht dienen und eine neue globale Partnerschaft auf den Weg bringen sollen. Für dieses Vorhaben gilt es nun, diese Ziele in den jeweiligen lokalen Kontext einzuspeisen, Institutionen auf nationaler Ebene zu unterstützen und im Vergleich zu den MDGs in stärker partizipativer Weise die Zielerreichung sicherzustellen. Dabei sollen sowohl privater Sektor als auch Zivilgesellschaft intensiv eingebunden sein.

Auffällig dabei ist im nun laufenden Prozess die deutlichere Hinwendung zum Thema der globalen Ungleichheit. Sie nimmt Armut nicht als ahistorisches Phänomen hin, sondern thematisiert das Auseinanderklaffen immer reicherer und immer ärmerer Bevölkerungsschichten im Globalen Süden wie im Globalen Norden. Gegenüber den MDGs, die nur von *poverty reduction* sprachen, fällt die semantische Verschiebung hin zu *poverty elimination* positiv auf, wenngleich die deutlich kämpferische Rhetorik der 1980er Jahre mit ihrer Rede von *poverty eradication* nicht mehr erreicht wird. Konsequenter wird Armutsbekämpfung denn auch nicht als ein primär durch mehr und gezieltere Entwicklungshilfegelder zu erzielendes Unterfangen betrachtet, sondern mit der Struktur des globalen Wirtschaftssystems in Bezug gesetzt (UN 2014). Lösungsmöglichkeiten konzentrieren sich jedoch weiterhin auf ein Entwicklungsmodell, das auf wirtschaftliches Wachstum und ökologische Modernisierung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung setzt.

Trotzdem bleibt der Prozess in der Vielzahl seiner Aussagen und seiner diskursiven Überfrachtung widersprüchlich und mehrdeutig. Ob der v.a. von NGO-Seite und von Staaten des Globalen Südens geäußerte Wunsch nach einer Repolitisierung der Wirksamkeitsdebatte die nun folgende Epoche prägen wird, bleibt fraglich. Gleichzeitig ist für die Umsetzung der SDGs zu hoffen, dass im laufenden Politikprozess NGOs und soziale Bewegungen weiterhin ein aktiver und kritischer Gegenpol zum etablierten

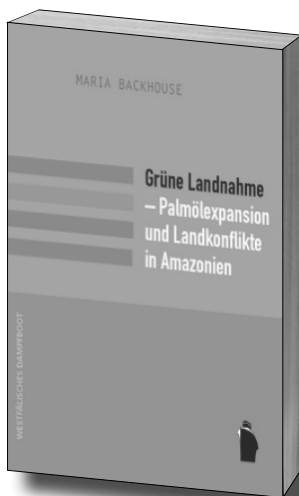
Modernisierungsdiskurs sein können. Die Breite und Diffusität des Konzeptes kann zumindest als Arena für die Artikulation wachstumskritischer und sozialökologischer Forderungen genutzt werden.

Franziska Müller

Literatur

- Eberlei, Walter (2015): „Zivilgesellschaft und Entwicklungsregime. Agenda-Setting und Regime-Building im Post-2015-Prozess“. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Bd. 8, Nr. 2, S. 611-631.
- Lepenies, Philipp (2014): „Die Politik der messbaren Ziele. Die Millennium Development Goals aus gouvernementalitätstheoretischer Sicht – Lehren aus der Fixierung globaler Entwicklungsindikatoren“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft Nr. 48, S. 200-224.
- Munasinghe, Mohan (2011): „Millennium Consumption Goals (MCG): How the Rich Can Make the Planet More Sustainable“. In: *The Island Online*, 31. 1. 2011, <http://www.mohanmunasinghe.com/pdf/Island-MCG-1Feb20112.pdf>, letzter Aufruf: 4. 10. 2015.
- OWG – Open Working Group (2014): *Outcome Document – Open Working Group on Sustainable Development Goals*. New York, NY.
- UN – United Nations (2014): *A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda*. New York, NY.
- Ziai, Aram (2016): „The Post-2015 Agenda and the Sustainable Development Goals: The Persistence of Development Discourse“. In: Ziai, Aram: *Development Discourse and Global History: From Colonialism to the Sustainable Development Goals*. London, S. 194-207.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Maria Backhouse

Grüne Landnahme - Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien

2015 - 264 Seiten - € 27,90

ISBN: 978-3-89691-713-3

Die Palmölexpansion löst tiefgreifende Umwälzungen aus, die aus der Perspektive der politischen Ökologie mit einigen Fragen einhergehen:

Was sind degradierte Flächen? Welche Auswirkungen hat die Palmölexpansion auf Landzuges- und Landnutzungsverhältnisse? Wer profitiert? Wer verliert? Findet eine „grüne“ bzw. grün legitimierte Landnahme statt?